



Gewerkschaft des Verkehrspersonals
Syndicat du personnel des transports
Sindacato del personale dei trasporti

SEV Zentralsekretariat
Steinerstrasse 35
Postfach 1008
3000 Bern 6

Telefon +41 31 357 57 57
info@sev-online.ch
www.sev-online.ch

Giorgio Tuti
Direkt +41 31 357 57 07
Mobil +41 79 221 45 64
giorgio.tuti@sev-online.ch

Medienkonferenz SGB 15.4.2020

Lage und Perspektive der Arbeitnehmenden in der Corona-Krise

Giorgio Tuti - Vizepräsident SGB, Präsident SEV

«Dank» der Coronakrise erkennen grosse Teile der Bevölkerung die Bedeutung des Service public mehr denn je. Während Jahrzehnten waren die öffentlichen Dienste nichts anderes als ein Kostenfaktor. Heute steht fest, wie wichtig insbesondere das Pflegepersonal ist, aber auch alle anderen, deren Arbeit dazu beiträgt, dass der Service public reibungslos funktioniert, so das Verkehrspersonal und das Personal der Post und der Logistik oder in der Kinderbetreuung.

Öffentlicher Verkehr

Bei den SBB wurden z.B. erst auf Verlangen des SEV an den offenen Schaltern Plexiglasscheiben montiert, zum Schutz des Verkaufspersonals. Beim Zugpersonal wurden Stichkontrollen und Frequenzerhebungen sistiert – auch dies eine Forderung des SEV –, sodass das Zugpersonal nur noch für Sicherheitsfunktionen zuständig ist. Ebenfalls wurde beim Lokpersonal für die gründliche Reinigung und Desinfektion der Führerstände gesorgt sowie die Fahrt zu zweit im Führerstand unterbunden. Beim Unterhaltspersonal in den Industriewerken und in den Serviceanlagen wurden – zur Einhaltung der Abstandsregel – die jeweiligen Belegschaften ausgedünnt. Beim Baupersonal musste am intensivsten eingegriffen werden. Überall dort, wo die Abstandsregel nicht eingehalten werden konnte, wurde die entsprechende Baustelle eingestellt. Darüber hinaus wurden überall dort, wo die Bauarbeiten weitergeführt wurden, sogenannte Covid-19-Sicherheitsbeauftragte bestimmt, die für die Einhaltung der Sicherheitsabstände sorgen und entsprechend intervenieren. Das sind nur einige Beispiele, die aufzeigen, dass dank einer raschen Intervention des SEV die Sicherheit und der Gesundheitsschutz eingehalten werden konnten. Eine wichtige Rolle spielt die Gewerkschaft auch bei der Information, sie unterstützt und ergänzt die Unternehmungen bei ihrer Kommunikation und kümmerte sich in den letzten Wochen um zahlreiche Einzelfälle, vorab verunsicherte Mitarbeitende, die zu den

besonders gefährdeten Personen gehören. Teilweise konnten wir unterbinden, dass solche wieder zur Arbeit gerufen wurden, wenn die Gesundheitsregeln nicht eingehalten werden konnten.

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie haben enormen Einfluss auf den öffentlichen Verkehr. Die ganze ÖV-Branche setzt alles daran, die Grundversorgung im öffentlichen Verkehr in der Schweiz sicherzustellen. Die Reduzierung des Angebots und die einschneidenden Massnahmen mit der Aufforderung, den ÖV nur in wichtigen Anliegen zu nutzen, haben zu einem massiven Nachfrageeinbruch von rund 80 Prozent gegenüber dem Normalbetrieb geführt. Den Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr entgehen somit jeden Monat Einnahmen in der Höhe von rund 500 Millionen Franken. Auch die ÖV-Unternehmen müssen vom Bund entsprechend unterstützt werden.

Situation Betreuung

Der Bundesrat hat Schulen geschlossen, während die Einrichtungen der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung offen bleiben müssen. Gleichzeitig wird den Eltern empfohlen, ihre Kinder wenn möglich zuhause zu betreuen. Über die Umsetzung und vor allem über die Finanzierung des systemrelevanten Angebots äussert sich der Bund nicht. Entsprechend uneinheitlich werden die Bestimmungen in den Kantonen umgesetzt: Notangebote, Teilschliessungen oder uneingeschränktes Angebot mit freiwilliger Selbstbetreuung – alle Szenarien haben jeweils völlig unterschiedliche finanzielle Folgen für Eltern und/oder Betreuungseinrichtungen. Das Personal ist in einer unsicheren Situation: Heute als systemrelevant erklärt, wissen die Mitarbeitenden nicht, ob sie in den nächsten drei Monaten noch einen Job haben werden. Zudem können in der Kleinkindbetreuung die Vorschriften zum Gesundheitsschutz nicht eingehalten werden.

Der Bund kommt seiner Verantwortung nicht nach und gefährdet damit eine mühsam und mit viel Geld aufgebaute Struktur der vorschulischen Kinderbetreuung. Daher braucht es dringend Unterstützung für die Einrichtungen, in Form von Übernahme der ausfallenden Elternbeiträge, Abgeltung von pandemiebedingten Zusatzkosten und Massnahmen zur Abfederung der mittel- und langfristigen finanziellen Folgen durch Covid bedingter vorzeitiger Kündigungen der Betreuungsplätze und Covid-bedingter fehlender Neueintritte. Das Personal braucht eine Arbeitsplatzgarantie und wir fordern die sofortige Freistellung von Risikopersonen und Schwangeren.

Gesundheit und Pflege

Seit Ausbruch der Corona-Epidemie steht das Gesundheitspersonal im Fokus. Und auch die Probleme, mit denen es konfrontiert ist: weder gibt es genug qualifiziertes Personal, noch genug Schutzmaterial und Medikamente, um eine hohe Anzahl von an Covid-19 erkrankten Menschen adäquat behandeln zu können. Deshalb der Lockdown, deshalb

auch die Sistierung des Arbeitsgesetzes in den Spitälern. Letztere ist ein Beschluss des Bundesrates, den wir vehement kritisieren, weil er das Spitalpersonal zusätzlich gefährdet. Er bedeutet für einen Teil des Personals noch mehr Überstunden, noch weniger Pausen und noch weniger Gesundheitsschutz. Das Arbeitsgesetz muss wieder vollumfänglich angewendet werden. Grosse Sorgen bereitet heute aber vor allem die Situation in der stationären und ambulanten Langzeitpflege. Diese Betriebe, ihre Mitarbeitenden und auch deren KlientInnen dürfen nicht länger alleine gelassen werden. Der Bund und die Kantone müssen die Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass mobile Einsatzteams von diplomierten Pflegefachleuten und ÄrztInnen zur Verfügung stehen. Es kann nicht sein, dass Spitäler Kurzarbeit anmelden, während Institutionen der Langzeitpflege am Anschlag sind. Der Bund und die Kantone sollen zudem bereits heute dem Gesundheitspersonal eine Kompensation für dessen grossartige Leistung zusichern. Der VPOD fordert deshalb mindestens einen 14. Monatslohn für alle und dass besonders gefährdete Personen und schwangere Frauen sofort unter voller Lohnfortzahlung freigestellt werden. Im Umgang mit Covid-19-PatientInnen ist ihr Leben bei jedem Arbeitseinsatz massiv gefährdet.

Post und Logistik

Im Bereich der Logistik präsentiert sich die Situation angespannt. In der Distributionslogistik (Päckli) sind die Kapazitätsgrenzen überschritten. Dank sozialpartnerschaftlichen Lösungen kann aktuell ein Funktionieren noch gewährleistet werden.

Sektor Medien

Die wirtschaftlichen Massnahmen greifen stark im Druckbereich, so dass sich einige Unternehmen in einer sehr schwierigen Branche aktuell noch halten können. Sollte sich das Auftragsvolumen nach der Corona-Krise nicht wieder fangen, ist mittelfristig mit grossen Schwierigkeiten zu rechnen. Grosse Schwierigkeiten und massive Auftragseinbrüche sind bei freien und selbständigen Mitarbeiter*innen in der Visuellen Kommunikation und im Journalismus zu verzeichnen. Hier bestehen weiterhin grosse Unsicherheiten und dringender Handlungsbedarf. Es braucht endlich eine schweizweite Lösung für diese Erwerbsabhängigen, mit der diese von den Corona-bedingten wirtschaftlichen Folgen stark betroffenen Personen finanziell unterstützt werden. Dies nach dem Vorbild des Kantons BS.

Um Medien- und Meinungsvielfalt nicht weiter zu gefährden, braucht es dringend ein Medienhilfspaket. Entlassungen und Betriebsschliessungen in der grafischen Industrie müssen verhindert werden.

Allgemein stellen wir fest, dass in den Branchen, in denen sozialpartnerschaftliche Strukturen bestehen, für die betroffenen Arbeitnehmenden rasch Lösungen erreicht werden konnten, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona Krise abzufedern. Dort wo dies nicht möglich ist, sind deutlich grössere Probleme vorhanden.

Diese durch den Coronavirus ausgelöste Situation soll uns alle zum Nachdenken aufrufen und die für die Zukunft nötigen Schritte einleiten. Wie wichtig das Erbringen von Grundversorgungsleistungen ist, müsste nun unbestritten sein. Der Service public hält das Land am Leben. Das sind unsere systemrelevanten Unternehmen, das ist der Service public. Und dieser muss für die Zukunft zwingend gestärkt werden.